LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/5875**

14.05.2014

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der CDU
„Auf jede Stimme kommt es an: Europawahl am 25. Mai 2014 nutzen, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten“ (Drucksache 16/5775)

Europawahl zur Belebung des europäischen Leitgedankens „In Vielfalt geeint“ nutzen – Europa besser machen

I. Ausgangslage

Die Europäische Union hat Erfolgsgeschichte geschrieben. Unser Europa bedeutet heute: Dauerhafter Frieden, eine starke Partnerschaft mit unseren Nachbarn, ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt und der Schutz unserer Werte in einer globalisierten Welt. Über 500 Millionen Menschen aus mittlerweile 28 Staaten können in Europa ohne Passkontrollen frei reisen, überall arbeiten oder studieren.

Die europäische Verschuldungskrise hat Europa stärker zusammengebracht – gleichzeitig sind aber auch neue Herausforderungen hinzugekommen: Europas friedenssichernde Funktion muss sich in der aktuellen Ukraine-Krise erneut beweisen, die europäische Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben, die finanzpolitische Eigenverantwortung der europäischen Mitgliedsstaaten muss in einigen Staaten erst wieder hergestellt werden.

In der Bevölkerung hat Europa in den vergangenen zehn Jahren spürbar Akzeptanz verloren. Anstatt sich mit konstruktiven und realistischen Vorschlägen zur Verbesserung der Europapolitik einzubringen, wurde diese Stimmungslage in den vergangenen Monaten von populistischen, nationalen und eurokritischen Parteien ausgenutzt, um wahltaktische Vorteile zu erringen. Mit der Infragestellung und dem Auseinanderfallen unserer gemeinsamen europäischen Währung wird aber das gemeinsame Wertegerüst der Europäischen Union insgesamt beschädigt und werden unser Wohlstand, unsere Wachstumschancen und Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt. Der Populismus der Euro-Skeptiker lebt davon, Kritik im Nebulösen zu halten und auf die Formulierung alternativer Lösungswege zu verzichten.

Datum des Originals: 14.05.2014/Ausgegeben: 14.05.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Europa muss sich dieser Entwicklung entziehen, die von linken wie rechten Europaskeptikern vorangetrieben wird und einer Renationalisierung das Wort redet. Voraussetzung dafür ist aber, dass auch in Europa Defizite überwunden werden. Europa muss besser werden.

Dazu gehört, das Leitmotiv der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“ mit Leben zu füllen, den Grundgedanken des Lissabon-Vertrages stärker zu folgen, also das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. Europa soll sich aus Bereichen heraushalten, die in den Mitgliedsstaaten besser vor Ort geregelt werden können. In gleicher Weise muss Europa dort handlungsfähiger werden, wo globale Herausforderungen nur durch eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten durch die Europäische Union gemeistert werden können: Dazu zählen wir vor allem die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, den Schutz unserer Bürger- und Datenschutzrechte, die Etablierung eines Energie-Binnenmarktes sowie die Stärkung des Freihandels unter anderem mit den Vereinigten Staaten.

Ein besseres Europa brauchen wir auch zur Sicherung unseres Geldes. Die Aufgabe der kommenden Jahre wird sein, Europa zu einer Stabilitätsunion zu machen, vereinbarte Regeln einzuhalten und verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft, vor allem die Maastricht-Kriterien, müssen wieder vollständig etabliert und eingehalten werden. Dazu gehören auch das Verbot einer gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Gebot) und der Verzicht auf eine Vergemeinschaftung von Schulden.

Die Europawahl am 25. Mai 2014 muss als Chance gesehen werden, diese Aufgaben konsequent anzugehen, Europa besser zu machen und damit mehr Bürgerinnen und Bürger für die Idee der Europäischen Union zu begeistern. Für viele Menschen sind die Vorteile Europas selbstverständlich geworden. Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa sichern wir aber nur durch eine breite Akzeptanz, immer wieder neue Impulse und die Bereitschaft zu Reformen.

Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger besser über die Bedeutung, Errungenschaften, Verdienste und Funktionsweise der EU, über die immensen Fortschritte in der europäischen Integration sowie über die sich daraus für Nordrhein-Westfalen und für jeden Einzelnen persönlich ergebenden Vorteile zu informieren. Und es gilt, nicht zuletzt durch Aufklärung und Überzeugung vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolgsmodell zur Teilnahme an der Europawahl am 25. Mai 2014 als Dokumentation der Akzeptanz der EU zu motivieren.

Den Bundesländern und damit Nordrhein-Westfalen kommt in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung zu, denn gerade in den Regionen wird Europa aktiv gelebt, können sich die Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen europäischen Zusammenlebens überzeugen.

II. Beschlussteil

Der Landtag

- ruft die Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen dazu auf, von ihrem Wahlrecht am 25. Mai 2014 Gebrauch zu machen und damit einen Beitrag zur Belebung des europäischen Leitgedankens „In Vielfalt geeint“ zu leisten;

- bekennt sich zum europäischen Einigungsprozess und hält fest, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament für die Weiterentwicklung der Europäischen Union, insbesondere die Stärkung des Europäischen Parlaments, von überragender Bedeutung sind

- bekennt sich zu einem Europa des Friedens, der Freiheit und der Stabilität;

- fordert die Landesregierung dazu auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, die EU im Sinne eines Raumes der Stabilität weiterzuentwickeln, indem Staatsschulden nicht vergemeinschaftet werden und die Grundsätze des Wettbewerbs und der Sozialen Marktwirtschaft gelten;

- fordert die Landesregierung ferner auf, den Subsidiaritätsgrundsatz für die Europäische Union zu stärken. Europa soll insbesondere dort handlungsfähiger werden, wo globale Herausforderungen nur durch eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten durch die Europäische Union gemeistert werden können: Das betrifft die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, den Schutz unserer Bürger- und Datenschutzrechte, die Etablierung eines Energie-Binnenmarktes sowie die Stärkung des Freihandels unter anderem mit den Vereinigten Staaten. Europa soll sich gleichfalls aus Bereichen heraushalten, die in den Mitgliedsstaaten besser vor Ort geregelt werden können.

Christian Lindner
Christof Rasche
Dr. Ingo Wolf
Holger Ellerbrock

und Fraktion